



uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG . 29 OLDENBURG . POSTFACH 943 . TEL.: 51064 . TELEX-NR. 25655 UNOL D . REDAKTION: GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH), KARIN WOLF . MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG DES VERFASSERS WIEDER . NACHDRUCK - AUCH NUR AUSZUGSWEISE - NUR BEI QUELLENANGABE UND NACH RÖCKSPRACHE MIT DER REDAKTION ; (DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT).

26. Oktober
23/76

Hochschulausbau

Auch 1977 kein Stein auf dem anderen?

Droht zweiter Ausbaustopp durch die Stadt?

Nach langem Zögern, das für die Universität einen Aufbaustopp von sicherlich einem Jahr bedeutete, hat das Niedersächsische Kabinett nun endlich die Anmeldung zum 6. Rahmenplan beschlossen, die für die Universität den Bau einer zentralen Werkstatt, einer Zentralbibliothek, die Errichtung von Naturwissenschaftlichen Studienplätzen und die Erweiterung des Büchergrundbestandes um 5,3 Millionen DM vorsehen, nicht aber den ebenfalls dringend benötigten Bau einer Mensa. Insgesamt sollen bis 1980 - finanziert von Bund und Land je zur Hälfte - etwa 150 Millionen DM neu investiert werden. Ob allerdings schon im nächsten Jahr für eines der Projekte auch nur ein Stein über den anderen gesetzt werden kann, steht keineswegs fest, denn neue Schwierigkeiten stehen ins Haus: die Stadt Oldenburg hat kürzlich Bebauungspläne für die Standorte Uhlhornsweg (gegenüber dem AVZ) und Wechloy aufgestellt und öffentlich ausgelegt, die den gesamten Ausbau der Hochschule wiederum in Frage stellen.

Mit den Nachmeldungen zum 6. Rahmenplan durch die Landesregierung wird nach Ansicht des Rektorats der Hochschulausbau der Universität in einem "akzeptablen Rahmen" realisiert. Zweifellos hätte die breite Mobilisierung nicht nur der Hochschule selbst, sondern auch der Bevölkerung im Frühjahr dieses Jahres - Höhepunkt: die Fahrrad demonstration Anfang Juni - dazu beigetragen, die schlimmsten Auswirkungen der restriktiven Hochschulpolitik der Landesregierung für Oldenburg abzuwenden.

Die beschlossenen Investitionen für die Universität Oldenburg sehen im Einzelnen u. a. folgende Projekte vor:

Grunderwerb und Erschließung	26,1 Mill.DM
Zentralbibliothek	41,8 Mill.DM
Sportanlagen	5,0 Mill.DM
Werkstätten für den naturwissenschaftlichen Bereich	3,9 Mill.DM

Baumaßnahmen für naturwissenschaftliche Studienplätze 67,4 Mill.DM

Die Bibliothek wird zu den bereits feststehenden, aber noch nicht ausge-

benen 10 Mill. DM für die Beschaffung des Büchergrundbestandes weitere 5,3 Mill. DM erhalten.

Obwohl die Universität damit den Löwenanteil der insgesamt 550 Mill. DM, die für Niedersachsens Hochschulausbau ausgegeben werden sollen, einsteckt, kann sie nicht wirklich zufrieden sein.

Schon allein die Tatsache, daß keine Mensa geplant ist, stellt sie vor kaum zu lösende Probleme. Dazu Krüger: "Die Universität muß darauf hinweisen, daß sie es ablehnt, die Verantwortung zu übernehmen, wenn die Benutzer aufgrund der hygienischen Verhältnisse als Folge der starken Überbelegung und der räumlichen Enge des Küchenbetriebes erheblich gesundheitlich gefährdet werden können."

Ebenfalls indiskutabel bleiben die vom Kabinett beschlossenen Studienplatzzielzahlen für Oldenburg, die für 1985

Fortsetzung Seite 2

Kritik an Flugblatt

Auf heftige Kritik ist ein Flugblatt des MSB Spartakus gestoßen, das sich -aufgemacht als Steckbrief- gegen den ehemaligen Wissenschaftsminister Prof. Grolle richtet, der in der vergangenen Woche seine Lehrtätigkeit an der Universität Oldenburg wieder aufgenommen hat. In einer Stellungnahme erklärten die Sprecher der Liste "Demokratische Hochschule", die Professoren Wolfgang Schulenberg und Joist von Maydell, im Namen ihrer Gruppe, auch wenn die Form des Steckbriefes nur als Gag gemeint sei, so lasse dieses Vorgehen doch die Tendenz erkennen, "politisch Andersdenkende wie Verbrecher abzustempeln, anstatt mit ihnen fair zu argumentieren!". Die in der Liste "Demokratische Hochschule" zusammengeschlossenen Hochschullehrer appellierten daher an alle Hochschulmitglieder, diese Tendenz zur Vergiftung der politischen Atmosphäre an der Universität abzuwehren.

Auf Anfrage der Nordwest-Zeitung hatte auch das Rektorat das Flugblatt als "politische Entgleisung" gewertet. Ebenso verurteilte der GEW-Landesvorstand die in dem "Steckbrief" zum Ausdruck kommende Form der politischen Auseinandersetzung

Dagegen erklärte der MSB Spartakus, er habe dieses Mittel bewußt gewählt, um die Diskussion über Berufsverbote, Namensgebung und Angriffe auf das Reformmodell zu forcieren. Es sei schon immer das Recht der Studentenbewegung gewesen, mit Hilfe provokanter Formen die politische Diskussion zu erreichen. Wenn in dieser gesamten Auseinandersetzung dem MSB vorgeworfen werde, er würde "durch diese Form kriminalisieren", dann müsse er den Vorwurf an diejenigen zurückgeben, "die u.a. Berufsverbote aussprechen und damit Existenzen vernichten." gh

STUDIENPLATZENTWICKLUNGEN FÜR DIE UNIVERSITÄT OLDENBURG BIS 1985

	Geisteswiss.	Math./Naturwiss	Technikwiss.	Gesamt
1976	2.027	445	64	2.536
1980	2.713	1.418	72	4.273
1985	3.000	2.500	300	5.800

Auch 1977 kein Stein...

Fortsetzung von Seite 1

mit 5.800 angegeben werden, und die gesamte Misere des Niedersächsischen Hochschulausbaues widerspiegeln, der schon heute weit unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Trotz dieser Situation ist keineswegs sicher, ob die bis 1980 vorgesehenen zusätzlichen Studienplätze (siehe Tabelle Seite 1) für Oldenburg überhaupt geschaffen werden können. Der einjährige Ausbaustopp, der durch die reduzierten Ausbaupläne beendet wurde, hat bereits soviel Zeit gekostet, daß mit einer pünktlichen Fertigstellung eines Großteils der anstehenden Bauprojekte nicht mehr gerechnet werden kann - schon gar nicht in Oldenburg, wo die Stadt dabei ist, der Hochschule ein Bein zu stellen.

Kurz vor den Wahlen verabschiedete das Stadtparlament für den Unistandort Uhlhornsweg Bebauungspläne, die bis auf Ausnahmen nur zweigeschossige Bauten zulassen. "Eine Katastrophe" nach Meinung der Universität. "Landschaftsschutz" nach Auffassung des bisherigen Fraktionsvorsitzenden der SPD, Matthias Schachtschneider, der im Rat diesen Beschluß durchdrückte, ohne daß sämtliche Fraktionskollegen offensichtlich die Tragweite erkannt hatten. Schachtschneider machte auch keinen Hehl daraus, daß es für ihn keine Revision der Pläne gibt. In einem Interview fand er starke Worte: "Für mich ist mit den Aussagen des Bebauungsplanentwurfs die äußerste Grenze abgesteckt. Bis hierher und

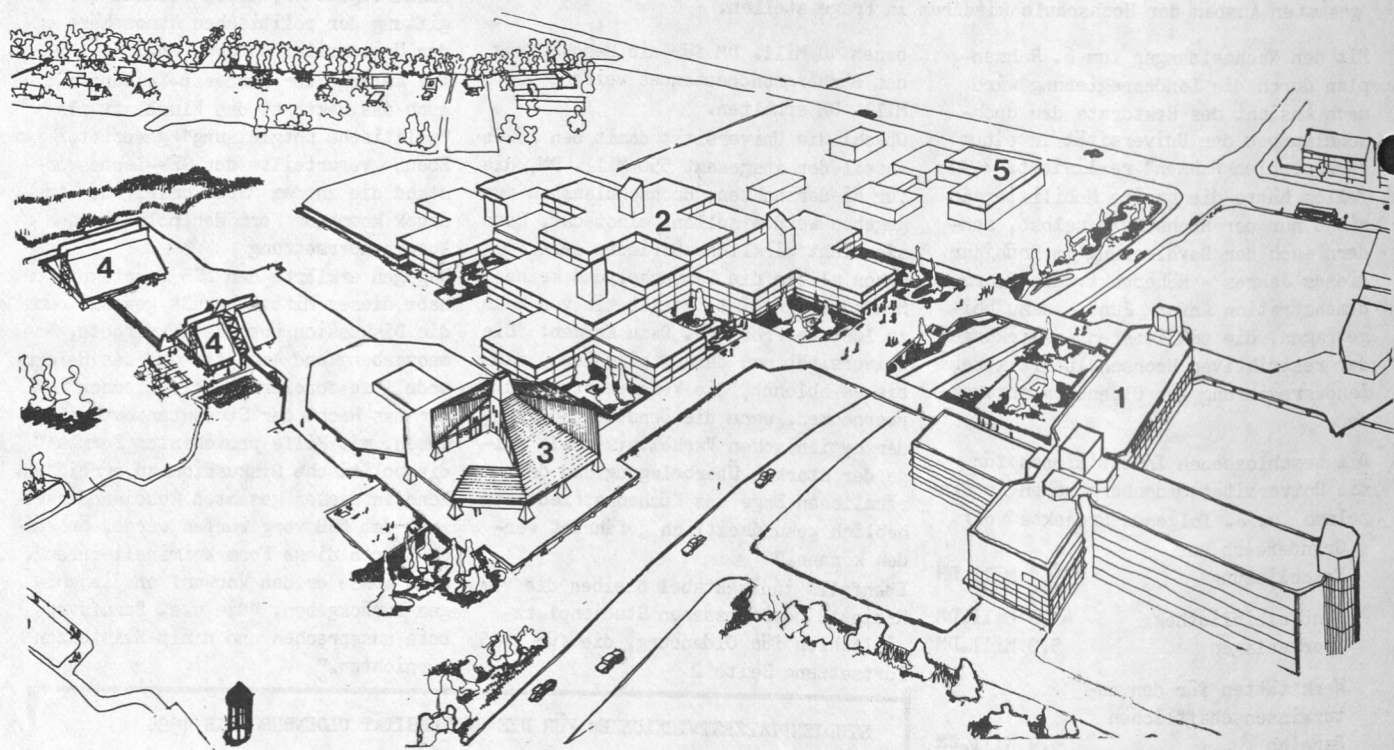
nicht weiter! Die Universität, deren Planungen durch die Stadt allzu oft lediglich als "Planspiel" verstanden werden mußten, so daß die Planungen der Stadt erheblich erschwert worden sind, hat sich nun auf die Planungen der Stadt einzustellen. Dabei hat sich die Universität dem Landschaftsschutz unterzuordnen und nicht umgekehrt. Dort, wo die Stadt Eingriffe in die Landschaft und das gewachsene Stadtbild akzeptiert, müssen sich die Architekten etwas einfallen lassen. Aus diesem Grunde haben wir mit Nachdruck den städtebaulichen Wettbewerb gefordert. Denn aus städtebaulicher Sicht sind die beiden bisherigen Universitäts-Neubauten eigentlich ein Schandfleck."

Letzteres wird von der Universität wohl auch kaum bestritten - allerdings die Tatsache, daß sich Architekten auf der Grundlage dieser Bebauungspläne etwas Sinnvolles einfallen lassen können. Nach Meinung von Alexander Kleinloh, Bauplaner an der Universität, bieten Vorgaben für Architekten keine Plattform für qualifizierte Entwürfe. So würde die Bibliothek, sollte sie zweigeschossig gebaut werden müssen, mindestens einen Komplex von 100 x 150 Meter umfassen. Kleinloh wörtlich: "Der Stadt ist offensichtlich nicht klar, daß man eine Bibliothek nicht in einem Einfamilienhausstil bauen kann." Wie dem auch sei, werden Stadt, Land und Universität demnächst in harte Verhandlungen treten müssen. Dabei sind

die Interessenvertreter der Universität sicherlich in keiner beneidenswerten Lage, denn die Befürchtungen der Stadt, die Universitätsbauten könnten das Erholungsgebiet Haarenniederung zerstören, wird offensichtlich von vielen Bürgern geteilt. Die Universität aber muß darauf drängen, ihre Projekte verwirklichen zu können. Bleibt die Stadt bei ihrem Beschluß, droht ein zweiter Aufbaustopp - diesmal nicht durch die Landesregierung, sondern durch die Stadt. Das kann allerdings ein teures Vergnügen werden, denn das Land erwägt, in einem solchen Fall die Stadt auf Schadensersatz zu verklagen. Grund: Vom Land wurden bereits Grundstücke erworben, die zur Bebauung in Aussicht gestellt waren, jetzt aber als landwirtschaftliche Nutzfläche ausgewiesen sind. gh

ASTA kritisiert Rektor

Kritik hat der ASTA der Universität Oldenburg an der Erklärung des Rektors, Professor Krüger, geübt, die bauliche Entwicklung der Universität sei durch die Nachmeldungen zum 6. Rahmenplan in einem akzeptablen Rahmen realisiert. Der ASTA wörtlich: "Wer von dieser vollgepfropften, hygienisch unzumutbaren Mensa des letzten Wintersemesters betroffen war, der hält keine bauliche Entwicklung für akzeptabel, die nicht eine Zentralmensa umfaßt". Weiter heißt es in der Erklärung des ASTA, die jetzt gefallene Investitionsentscheidung schreibe die Senkung der Studienplatzzielzahlen auf 5.800 Studienplätze bis 1985 fest.



Der abgebildete Testentwurf der Abteilung Planung und Statistik zeigt keine konkrete Bauplanung. Er soll lediglich deutlich machen, daß 1. die Universität ein Interesse daran hat, daß in der Nachbarschaft der Haarenniederung nur zwei- bis dreigeschossige Gebäude entstehen und ein landschaftlich gestalteter Übergang von Universitätseinrichtungen zur Haarenniederung geschaffen wird, der dem Charakter der Landschaft entspricht, und 2. die Festsetzungen der Stadt für die Verwirklichung der Bauten nicht ausreichen. Zum Entwurf: 1)AVZ, 2)Bibliothek, 3)Mensa, 4)Sportanlagen, 5) Milchwirtschaft.

Eskalierung staatlicher Verbotspraxis

Eine wesentliche Eskalierung der staatlichen Berufsverbotspraxis sieht der Senat der Universität Oldenburg in der Tatsache, daß auch ehrenamtliche Tätigkeitsbereiche von der staatlichen Verbotspraxis erfaßt werden. In einer Stellungnahme zu den Vorgängen um ehrenamtliche Resozialisierungshelfer der Jugendvollzugsanstalt Vechta erklärte der Senat, er sehe sich genötigt, seine schon mehrfach vorgebrachten schwerwiegenden Bedenken gegen die politische Entwicklung in der Bundesrepublik zu unterstreichen und erneut die Aufhebung des Radikalenerlasses sowie die Beendigung der Berufsverbotspraxis zu fordern.

Der Senat reagierte damit auf einen Vorfall, der bereits großes Aufsehen erregt hat. Einer Pädagogikstudentin und einem Buchdrucker, zwei Mitgliedern der staatlich anerkannten Kontaktgruppe Oldenburg-Vechta e.V., die sich der Resozialisierung von Strafgefangenen widmet, war im

März vom Justizvollzugsamt Celle das Betreten der Anstalt in Vechta offensichtlich wegen ihrer DKP-Mitgliedschaft untersagt worden, obwohl der Leiter des Jugendgefängnisses ihnen außerordentlichen persönlichen Einsatz um entlassene Strafgefangene bescheinigt hatte. Einer weiteren Studentin, die keiner politischen Gruppe oder Partei angehört, wurde ebenfalls die Zulassung als Resozialisierungshelferin in Vechta verweigert. Lediglich in einem Rundfunkinterview erfuhren die Betroffenen von Justizminister Puvogel, warum. Nach Worten Puvogels spiele die "Volksfrontidee" eine Rolle. Die "politische Motivation" sei "nicht gut".

Nachdrücklich forderte der Senat in diesem Zusammenhang die zuständigen Stellen auf, die Arbeitsverbote zurückzunehmen und die reibungslose Arbeit der Kontaktgruppe sowie anderer karitativer Organisationen zu gewährleisten. gh

Diplom-Prüfungsordnung

Senat wehrt sich gegen Forderungen des Ministeriums

Gewehrt hat sich der Senat auf seiner Sitzung am Mittwoch vergangener Woche gegen die Änderungsforderungen des Niedersächsischen Wissenschaftsminister (MWK) zum Universitätsentwurf der Rahmendiplomprüfungsordnung. Zwar stimmte er in einigen Punkten mit dem MWK überein, in den wesentlichen Fragen wie u. a. der studentischen Beteiligung der Prüfungskommission blieb er bei seiner Haltung. Der jetzt geänderte Universitätsentwurf muß vor Absendung an das Ministerium noch in den Fachbereichsräten behandelt werden.

Die Behandlung der Prüfungsordnung war notwendig geworden, nachdem der von der Universität zur Genehmigung vorgelegte Entwurf vom MWK nicht genehmigt worden war. Die Änderungswünsche des MWK wurden in einer ad-hoc-Kommission des Senats geprüft und die Diskussion auf Grundlage dieser Ergebnisse geführt. Die Kommission hatte empfohlen, "Änderungswünschen" des MWK, die die Inhalte der Prüfungsordnung nicht wesentlich verändern, zu entsprechen. Demgegenüber sollten in den zentralen Punkten wie

- die Zusammensetzung des Prüfungsausschusses,
- der Mitgliedschaft von Studenten in der Prüfungskommission,
- dem Prüfungsrecht der wissenschaftl. Mitarbeiter ohne größere fachliche Einschränkung als für die Hochschul-lehrer,
- dem Prinzip der studienbegleitenden Leistungsnachweise als Prüfungsbestandteil,
- den Fristen bis zur Ablegung des Vordiploms,

- der Einschränkung der Verlängerungsmöglichkeit sowie
- der Streichung der Überarbeitungsmöglichkeit der Diplomarbeit, die Universität gegenüber dem MWK ihre Position wahren. Demgegenüber votierten die studentischen Vertreter im Senat für die Rückgabe des Entwurfs der Rahmendiplomprüfungsordnung ohne Änderungen mit einer politischen Erklärung, in der die Absicht der Universität hinsichtlich des Reformmodells erläutert wird und eine Änderung der PO als unakzeptabel bezeichnet wird.

Die Mehrheit der Senatsmitglieder sprachen sich jedoch für eine differenzierte Stellungnahme mit einer erläuternden Präambel aus. Der Rektor, Professor Rainer Krüger, betonte besonders, daß eine "kosmetische Veränderung" der PO für die Universität bessere Verhandlungsmöglichkeiten biete als ein vom Wissenschaftsminister oktroyierter Erlass. Astavertreter verwiesen in diesem Zusammenhang auf den Reformanspruch der Universität, u. a. mit Projektstudium.

Sie warnten davor, Stück für Stück diesen Reformanspruch aufzugeben. In der Beratung der PO über die Zusammensetzung des Prüfungsausschusses und der Stimmrechts-einschränkung der Studenten blieb der Senat zwar formal bei der ursprünglichen Fassung, d. h. drittelparitätisch besetzter Ausschuß, jedoch wurde eine Einschränkung für alle "pädagogisch-wissenschaftlichen Prüfungsentscheidungen" getroffen. Hier sind die studentischen Mitglieder nicht stimmberechtigt.

Demgegenüber wurde der Forderung des MWK nach Nichtbeteiligung von studentischen Mitgliedern an Prüfungs-kommissionen von Seiten des Senats nicht entsprochen. Den Bedenken des MWK in Bezug auf das Prüfungsrecht der wissenschaftlichen Mitarbeiter wurde insofern Rechnung getragen, als im Sinne der Allgemeinen Bestimmungen für Diplomprüfungsordnungen (ABD) Prüfer und Gutachter alle Mitglieder der Universität sein können, die "selbstständig Lehrveranstaltungen in einem entsprechenden Studiengang oder Fachgebiet abgehalten und mindestens eine Diplomprüfung oder eine dem Diplom vergleichbare Prüfung abgelegt haben". Damit ist das Prüfungsrecht für Hochschullehrer und Wiss. Mitarbeiter gleichermaßen gegeben, aber auch gewährleistet, daß die Prüfer aus dem Fachgebiet bzw. Studiengang die Prüfungen abnehmen.

Der Senat bekräftigte, daß die studienbegleitenden Leistungsnachweise weiterhin für die Studenten freiwillig zu erbringen seien. Die Bewertung wird von dem für die Veranstaltung verantwortlichen Lehrenden nach näherer Bestimmung des studiengangsspezifischen Teils der Diplomprüfungsordnung vorgenommen. Einige Mitglieder des Senats äußerten die Befürchtung, daß durch die studienbegleitenden Leistungsnachweise das Studium verschult werde und eine "Scheineinflation" einsetze.

In der Fristbeschränkung für das Vordiplom, der Einschränkung der Verlängerungsmöglichkeit und der geforderten Streichung der Überarbeitungsmöglichkeit der Diplomarbeit entsprach der Senat nicht den Forderungen des MWK. gp

TOP:BAT-Lehrer

"Was wird aus den Lehramtsbewerbern?" Unter diesem Thema veranstaltet der Arbeitskreis "Keine arbeitslosen Lehrer" am Donnerstag, 28. Oktober um 18.00 Uhr im Hörsaal F eine Veranstaltung, auf der die beiden Referenten, Bernd Rebens vom Landesvorstand der GEW und Professor Thomas Blanke, u.a. zur aktuellen Situation der BAT-Lehrer und zum Vorbereitungsdienst Stellung nehmen werden.

Weiterbildung und Hochschule

AUE-Tagung in der Universität

Vom 30.9.-2.10.76 tagte in der Universität Oldenburg der Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung e.V. (AUE). Dieser Arbeitskreis, der seit 1968 existiert, hat sich zur Aufgabe gesetzt, die Ausbildung zum Erwachsenenbildner zu fördern, Empfehlungen und Analysen zu Studiengang und Berufsfeld zu erarbeiten sowie insbesondere die Teilnahme der Hochschulen an der Weiterbildung auch von Nichtakademikern voranzutreiben. Mitglieder im Arbeitskreis sind darum sowohl Hochschullehrer und Wissenschaftler als auch Weiterbildungseinrichtungen. Die Beziehungen der Universität Oldenburg zum AUE sind vielfältig. Mitglieder sind die Universität, aber auch eine relativ große Zahl von Einzelpersonen, die Einrichtung der Kontaktstelle für wissenschaftliche Weiterbildung ist vom AUE gefördert worden, seit neuestem ist das Projekt "Qualifizierung von nebenamtlichen Mitarbeitern in der Erwachsenenbildung" (NQ-Projekt), das der AUE inhaltlich verantwortet, an unserer Universität angesiedelt (vgl. uni-info 22/76).

Diese Voraussetzungen waren der örtliche Rahmen für diese Jahrestagung, zu der ca. 150 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet und Westberlin kamen. Das Hauptreferat hielt der Staatssekretär im Niedersächsischen Wissenschaftsministerium, Professor Dr. Axel Freiherr von Campenhausen mit dem Thema "Die Mitwirkung der Hochschule in der Weiterbildung". Er würdigte die in Niedersachsen seit zwanzig Jahren praktizierte Teilnahme der Universitäten an der Erwachsenenbildung durch sogenannte Hochschulseminarkurse. Er sagte zu, ihre finanzielle Förderung unverändert zu erhalten und weitere Kontaktstellen einzurichten. Von Campenhausen betonte, daß versucht werden sollte, auch lernungewohnte Gruppen in dieses Angebot von Hochschullehrern einzubeziehen. Ein Kontaktstudium für Akademiker sei mittelfristig nicht finanzierbar, sondern lediglich berufsbegleitende Einzelmaßnahmen. Zur Ausbildungssituation für Erwachsenenbildner stellte er fest daß künftig kein grundständiger Studiengang mehr genehmigt werde, sondern der besseren Berufschance wegen zu einem Fachstudium ein Zusatzstudium Erwachsenenbildung treten solle.

Die anschließende Podiumsdiskussion unter Moderation von Professor Schulenberg, an der u.a. für die Westdeutsche Rektorenkonferenz Professor Fipfinger, der Kasseler Gründungspräsident Professor von Weizsäcker, Dr. Tietgens vom Volkshochschulverband,

der AUE-Vorsitzende Professor Schneider aus Hamburg teilnahmen, stand unter dem Thema "Weiterbildung und Hochschule - Perspektive ohne Expansion?". Allgemein wurde anerkannt, daß die Hochschulen sich stärker in der Weiterbildung engagieren sollen. Umstritten war jedoch, ob und wie dies angesichts des NC-Problems derzeit verwirklicht werden kann.

Die Teilnehmer der Tagung arbeiteten dann in vier Arbeitsgruppen zu folgenden Themen: Grundqualifikationsseminare in der universitären Erwachsenenbildung; Kontaktstelle für wissenschaftliche Weiterbildung; Kontaktstudium-Weiterbildung; Praxisorientierung des Diplomstudienganges Erwachsenenbildung. Auf der abschließenden Mitgliederversammlung wurde ein neuer Vorstand gewählt. Neben Professor Dikau aus Berlin als erstem Vorsitzenden wurden die Oldenburger H.D. Raapke und Jürgen Weißbach in den engeren Vorstand des AUE gewählt.

Die Tagung des AUE hat widerspiegelt, daß sowohl der Studiengang Erwachsenenbildung wie auch die universitäre Erwachsenenbildung noch keine einheitlichen, unumstrittenen Formen gefunden haben. Es ist aber zugleich deutlich geworden, daß die Weiterbildung in der bildungspolitischen Diskussion der nächsten Jahre ein wichtiges Thema sein wird. Die Hochschulen, das ist unumstritten, müssen sich an der Weiterbildung beteiligen, auch wenn die Ansätze im einzelnen noch unterschiedlich sind. Der Aufbau und die Arbeit der KWW Oldenburg erweisen sich im Rahmen der Diskussion und Ergebnisse dieser Tagung als ein Schritt in die richtige Richtung. Es ist zu erwarten, daß in nächster Zeit weitere Hochschulen Kontaktstellen einrichten.

J. Weißbach

Englischkurs

Die Fachschaft Anglistik -Arbeitsgruppe Englischkurs- bietet im Wintersemester kostenlos Englischkurse für Anfänger und Fortgeschrittene "mit Vorkenntnissen bis zu fünf Jahren" an. Die Kurse finden jeweils mittwochs, VG 418, 18.00 Uhr, statt.

Schwimmen

Ab Donnerstag, den 21.10.1976, 20-21 Uhr, Lehrschwimmbecken, veranstaltet das Zentrum für Freizeitsport (ZFS) einen Schwimmkurs, bei dem in spielerischer Form die Möglichkeit besteht, unter Anleitung Schwimmstile zu verbessern oder neue hinzuzulernen.

Termine

Die Weihnachtsferien während des Wintersemesters 76/77 dauern vom 22. Dezember 76 bis 5. Januar 77. Die Vorlesungszeit endet am 11. Febr.77.

*

Donnerstag, 4.11.76, 9.00 Uhr, Aula. Personalversammlung. Themen: Rechenschaftsbericht des Personalrates, Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Personalien

Eingestellt wurden:

JOHANNES BUCHRUCKER, bisher Mitarbeiter der Pressestelle, als Rektoratsassistent.

INGE GRAMBERG als Verwaltungsangestellte im Kanzler-Büro.

Ernannt wurden:

MICHAEL HAHN, bisher Wissenschaftlicher Assistent für das Fach Physikalische Chemie, zum Akademischen Rat.

HEIKE RAUTENHAUS, bisher an der Universität Bremen, zur Akademischen Rätin für das Fach Anglistik: "Didaktik der englischen Sprache und Literatur".

Reisekosten

Wie der Rektor der Universität mitteilt, ist die Reisekostensperre für Wissenschaftler wieder aufgehoben. Der verhängte Genehmigungsstopp entfällt damit ab sofort.

Ausschreibung

Modellversuch Freizeitsport, zwei Werkaufträge für Wissenschaftliche Hilfskräfte. Aufgabengebiet: Dokumentation, Katalogisierung, Bestandsaufnahme, Kauf usw. von relevanter Literatur. Vertragsdauer: 15.11.76-31.1.77. Honorar: Je Vertrag 2.500,- DM. Voraussetzungen: Höheres Studiensemester oder Studienabschluß, möglichst Fach Sport, Fertigkeiten im Maschinenschreiben. Bewerbungsfrist: bis 1.11.76 (Postfach Dieckert, FB I).

Rhetorikkurs

Ab Freitag, den 29.10.1976, 9.15 und 11.15 Uhr, VG 306, führt der Dozent für Sprecherziehung und Rhetorik, Hermann Schultze, einen Kurs mit dem Thema "Sprechtechnik und Rhetorik I und II" durch. Der Kurs, der schon im vergangenen Semester angeboten wurde, ist fachübergreifend und für alle Semester geöffnet.